

(Sekretär Anders.)

(A) sei, daß das Streikrecht durchaus dann zu verwerfen sein werde, wenn es sich um Feuerwehr oder Notlagen oder sonstige Fragen im Interesse der Allgemeinheit handle. Hier bei den Staatsarbeitern handelt es sich stets um die allgemeinen Interessen, und die gehen nach meiner Ansicht vor, und ich bin auch überzeugt, jeder einzelne staats-treue Arbeiter stellt seine eigene persönliche Rücksicht hinter die Rücksichten der Allgemeinheit zurück.

(Bravo!)

Aber eine derartige Auffassung verpflichtet auf der anderen Seite dazu, daß für diese Staatsarbeiter in jeder Weise gesorgt wird, daß also in der Fürsorge für diese Arbeiter nicht nachgelassen wird und daß man sich ihrer in jeder Weise annimmt.

Dazu rechne ich vor allem eines, was ich schon oft in diesem Hause hervorgehoben habe, nämlich die viel engere und öftere Fühlungnahme zwischen den obersten Kreisen der Verwaltung und den unteren Beamten und auch mit der Arbeiterschaft selbst.

(Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.)

Ich gebe zu, es sind mancherlei Schwierigkeiten, die gerade auf diesem Gebiete vorliegen, aber bei einem festen Willen werden auch derartige Schwierigkeiten überwunden werden. Ich muß immer und immer wieder darauf aufmerksam machen, daß es gerade unseren Arbeitern besonders wohltut, wenn sie fühlen und sehen, daß sie von den obersten Schichten und obersten Kreisen über die Lage entsprechend aufgeklärt werden, wenn sie sehen, es wird alles für sie getan, was getan werden kann, und auch wenn ihnen erklärt wird, warum dieses oder jenes an Wünschen nicht erfüllt werden kann. Freilich, solche Fragen lassen sich nicht vom grünen Tische erledigen, lassen sich auch nicht im Berordnungswege erledigen; es muß — das betone ich immer wieder — der persönliche Verkehr auch in dieser Richtung weiter ausgebaut werden. Seien Sie überzeugt, daß unsere Arbeiterschaft, unsere Beamtschaft jedweder Aufklärung gerne zugänglich ist! Sie sind durchaus nicht, wie man zu sagen pflegt, bockbeinig oder wollen dieses oder jenes nicht einsehen, auch wenn es gegen ihre Ansichten geht. Freilich, dann ist es nicht möglich, wenn man mit barschem Tone derartige Aufklärung versucht. Wenn die Sache in der rechten Form geschieht, wird es auch zum guten Ergebnis führen. Ich gebe zu, daß die Arbeiterausschüsse, auch die schon oft in Frage gezogenen Beamtenausschüsse, in dieser Richtung manches Gute für sich haben und mit ihnen manches zu erreichen ist. Ich habe die Überzeugung, daß hier reiche Erfahrungen schon vorliegen, und unsere Deputation wird sich gewiß der Mühe unterziehen, alle die Erfahrungen, die heute vor-

getragen sind und die vielleicht noch ergänzt werden können, in die genaueste Erwägung zu ziehen. Sie kann auch bei der Frage der Beamtenausschüsse die entsprechenden Schlußfolgerungen ziehen. Sie wird sich namentlich fragen müssen, ob nicht eine Erweiterung der Zuständigkeit am Platze ist, ob andere Einrichtungen empfohlen werden möchten usw.

Insbesondere möchte ich aber hierbei der Deputation ein's ans Herz legen. Es sind gestern oder vorgestern einige Arbeiter bei mir gewesen und haben mir erzählt, daß eine erhebliche Beunruhigung in den Kreisen der Arbeiter zu beobachten sei deshalb, weil den Arbeitervertretern verboten worden sei, vor einer Arbeiterausschusssitzung mit Leuten ihres Berufskreises zu Besprechungen zusammenzukommen,

(Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.)

und auch, weil ihnen verboten worden sei, nach den Arbeiterausschusssitzungen den Arbeitern Bericht zu erstatten.

(Hört, hört! bei den Sozialdemokraten. — Abgeordneter Fleißner: Das wird immer besser!)

Ob sich die Sache so verhält, wie mir erzählt worden ist

(Vizepräsident Bär: So ist es!)

und wie ich dargelegt habe, das weiß ich nicht, das kann ich nicht beurteilen. Aber ich bin überzeugt, daß sich unsere Beschwerde- und Petitionsdeputation die Angelegenheit genau erzählen lassen wird, und sie wird dann ohne weiteres auch das Richtige in die Wege leiten.

(Abgeordneter Dr. Zöphel: Werden wir nicht vergessen!)

Das wäre im allgemeinen dasjenige, was ich zu den Ausführungen und zu dem Antrage Nr. 21 zu sagen hätte. Ich wiederhole, daß unsere Fraktion gern an der Sache in der Deputation mitarbeiten wird.

Ich komme nun, meine Herren, zu dem Antrage, der uns unter Nr. 44 vorliegt, zu dem Antrage Castan und Genossen. Auch hier erkläre ich im Auftrage meiner Fraktion das Einverständnis mit der Überweisung an die Finanzdeputation A.

Ein ähnlicher Antrag hat bereits in der letzten Landtagssession der Finanzdeputation A vorgelegen. Er ist seinerzeit in Rücksicht auf die Höhe der Kosten abgelehnt worden. Unsere Partei — davon wollen Sie allenthalben überzeugt sein! — hat an dem Wohlergehen auch unserer Staatsarbeiter das regste Interesse. Wir wollen im Rahmen des Möglichen gern geben und überall für das Erforderliche und Notwendige mit eintreten. Doch es gibt auch hier so mancherlei zu bedenken, und namentlich dasjenige, was wir heute vom Regierungstische gehört haben, wird bei